

ZU DIESEM HEFT	5	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT		<i>Karlheinz Grieger</i>	
<i>Ludger Kühnhardt</i>		Fußball ist unser Leben...	
Perspektiven der Europäischen Union	6	Spielberichte aus einem Seminar der politischen Bildung	60
<i>Wolfram Tschiche</i>		<i>Albert Scherr</i>	
Der Streitfall Europa: Wo liegen die kulturellen und politischen Grenzen Europas?	13	Kommentar zu den Thesen der Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik des AdB	67
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i>		ADB-JAHRESTHEMA	
Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder?	21	<i>Gertrud Gandenberger</i>	
<i>Eckart D. Stratenschulte</i>		„Menschenrechte gestern und heute“	
Und der Zukunft zugewandt? – Europa in der außerschulischen Bildung	26	Deutsch-polnische Jugendbegegnung in Bad Liebenzell	69
<i>Helle Becker</i>		METHODEN UND ARBEITSFORMEN	
Das hinreißende ABC der Europäischen Union: Arbeit, Bildung, Citizenship - auf dem Weg zur europäischen Bildungs- und Bürgergesellschaft?	33	<i>Maria Frerichs</i>	
<i>Judith Egger</i>		Die Methode des „Open Space“	75
Europa in der politischen Jugendbildung	40	INFORMATIONEN	
<i>Kalle Puls-Janssen</i>		Meldungen	79
„Die EU-Verfassung in Schwierigkeiten zwischen Politik, Politikern und den Bürgern“		Aus dem AdB	97
Einblicke in eine internationale Jugendbegegnung im Europahaus Aurich	46	Personalien	105
<i>Susanne Schunter-Kleemann</i>		Bücher	106
Die EU-Dienstleistungsrichtlinie und das GATS-Abkommen	53	Markt	120
		STICHWORTREGISTER 2005	127
		IMPRESSUM	138

Thema des nächsten Heftes: Macht politische Bildung auch politisch?

Und der Zukunft zugewandt? – Europa in der außerschulischen Bildung

Eckart D. Stratenschulte

Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten und kein Europa ohne Europäer. In dem Maße, in dem die politische Entscheidungsfindung sich auf die europäische Ebene verlagert, müssen die Bürger/-innen auch durch europapolitische Bildung in die Lage versetzt werden, sich im politischen Raum Europa zurechtzufinden und zu engagieren. Dabei steht die europapolitische Bildung vor einer Reihe von Herausforderungen, die Eckart D. Stratenschulte in seinem Beitrag erläutert.

Das wäre doch mal ein Vorschlag zum Bürokratieabbau: Jeder Bürger und natürlich auch jede Bürgerin bekommt den Führerschein zum 18. Geburtstag von den zuständigen Behörden übersandt. Keine lästigen Schulungen mehr, keine Prüfungen, kein bürokratischer Aufwand. Im nächsten Schritt kann man den Führerschein dann ganz abschaffen, jede(r) Volljährige kann mit dem Personalausweis einen Pkw chauffieren.

Ach, wird der geneigte Leser sagen, da hat wieder mal einer in der Karnevalszeit einen Artikel geschrieben und wollte irgendwie lustig sein. Dabei hätte er doch vom Aachener Ordensträger Friedrich Merz lernen können, wie das nach hinten losgehen kann. Und natürlich ist so ein Vorschlag unsinnig. Die Übernahme von Verantwortung, als Kraftfahrzeugführer genauso wie als Arzt oder Polizist, erfordert

Ist man für den „Job“ des Staatsbürgers durch Volljährigkeit automatisch qualifiziert?

eine entsprechende Qualifikation, die durch Bildungsmaßnahmen geschaffen werden muss. Nur für den „Job“ des Staatsbürgers gilt dies nicht. Hier ist jeder durch Volljährigkeit automatisch qualifiziert.

Unsere politische Lebensform ist die Demokratie. Dies bedeutet, kurz gefasst, dass die Bürgerinnen und Bürger auf der Basis einer Werteordnung die grundlegenden Entscheidungen über die Ausgestaltung ihres Lebens durch Wahlen und andere Entscheidungen sowie in zahlreichen Gremien und Institutionen der Gesellschaft festlegen. Doch geht dies ohne eine Qualifikation, ohne einen „Demokratieführerschein“?

Die Demokratie braucht den aktiven Staatsbürger, der sich in die Gesellschaft einbringt. Das Mindestmaß des Engagements, das für den Fortbestand der demokratischen Regierungsform notwendig ist, ist die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, und zwar auf der Basis einer abgewogenen Entscheidung. Wenn wir nicht dahin kommen wollen, dass Boxer, Filmschauspieler oder Fußballer das politische Mandat erringen, weil sie aus dem nichtpolitischen Raum bekannt sind, und damit die gesellschaftlichen Kräfte, die sich solche Figuren halten können, die Gesellschaft bestimmen, müssen wir darauf achten, dass die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen in ihren eigenen Angelegenheiten treffen. Natürlich ist darüber hinaus ein Mehr an demokratischem Engagement – vom Elternbeirat und dem Betriebsrat bis hin zur politischen Partei – wünschenswert, aber nicht für jeden notwendig.

Die politische Realität ist allerdings zu komplex, als dass sie sich durch die unmittelbare und unvermittelte Draufsicht erschlüsse. Sich in ihr zurechtzufinden, ist aber die *conditio sine qua non* jedes auch noch so eingeschränkten vernunftbestimmten Engagements. Die Vorstellung, man müsse nur einmal in der Schule die politischen Strukturen erlernen und sei damit für ein Leben lang dafür ausgerüstet, am politischen Prozess teilzunehmen, ist mehr als realitätsfern. **Demokratie braucht politische Bildung.**



© Europäische Akademie Berlin

Podium zur Erörterung europäischer Politik in der Europäischen Akademie Berlin

Viele Grundsatzentscheidungen über die Ausrichtung der Gesellschaft werden jedoch nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, sondern im europäischen Rahmen getroffen. Selbst wer sich im politischen System der Bundesrepublik Deutschland auskennt, kann sein Schicksal nicht wirklich mitbestimmen, wenn ihm die europäische Dimension

fehlt. **Die Zukunft der Demokratie in Deutschland entscheidet sich daher in Europa.**

Die Diskussion darüber, ob es in Europa überhaupt eine Demokratie geben könne, da es doch am europäischen Demos mangle, ist sophistisch. Die Menschen sind ja real da, die Probleme auch und die Entscheidungsstrukturen ebenfalls.

Das Argument vom fehlenden Demos dient, unabhängig von den Motiven des Diskutanten, entweder der Diskreditierung der Europäischen Union oder dem Wunsch der politischen und vor allem administrativen Elite, weiterhin unter sich sein und entscheiden zu können.

Das Gleiche gilt übrigens in Bezug auf die Klage über die fehlende europäische Öffentlichkeit. Dabei wird Öffentlichkeit immer mit Sprachraum gleichgesetzt, nach dem Motto: Keine gemeinsame Sprache, keine Öffentlichkeit. Man muss den Blick nicht allzu weit schweifen lassen, um festzustellen, dass dieses Argument nicht zutrifft. In der Schweiz und in Belgien beispielsweise gibt es sprachlich fragmentierte Öffentlichkeiten (und diesen Sprachgrenzen folgende Medien), was der Stabilität des Gemeinwesens keinen Abbruch tut. Die Schweiz feiert in diesem Jahr ihren 715. Nationalfeiertag.

Es gibt – wenngleich sprachlich vielfältig – europäische Öffentlichkeit

Wer die europaweite Diskussion um die Haftenrichtlinie oder die Dienstleistungsrichtlinie verfolgt hat, stellt fest,

dass es durchaus eine – wenngleich sprachlich vielfältige – europäische Öffentlichkeit gibt.

Allerdings macht die Europäische Union es ihren Bürgern und Bürgerinnen, nicht gerade leicht, sich in ihr zurechtzufinden und sich einzubringen. Die Debatte um das Demokratiedefizit der EU ist alt und die Zahl der Wortmeldungen hierzu groß. Auch die Staats- und Regierungschefs der EU haben im Jahr 2001, ein Jahr nach dem Desaster von Nizza, darauf hingewiesen, die EU müsse den demokratischen Erfordernissen besser entsprechen, sie müsse partizipativer und transparenter werden.

Dies wird jedoch nur gelingen, wenn Europa den Bürgerinnen und Bürgern so nahe gebracht wird, dass sie sich nicht nur in dem geographischen, sondern auch in dem politischen Raum Europa sicher bewegen können. Demokratie braucht Demokraten. **Man kann sich aber nur in ein System einbringen, das man kennt.**

Die EU ist eine supranationale politische Union europäischer Staaten und europäischer Völker und eine Schicksalsgemeinschaft, die auf dem Gedanken der Solidarität und dem Willen zur Gemeinsamkeit basiert. Solidarisch sind Menschen – abgesehen von humanitären Katastrophen – nur mit anderen, denen sie sich verbunden fühlen. Europäische Identität ist daher nicht nur ein Thema fürs Feuilleton, sondern ein zentraler Baustein der Europäischen Union. **Europäische Solidarität und europäische Identität gehören zusammen.**

„Auf längere Sicht wird dieses supranationale Gebilde (die EU; EDS) nur funktionsfähig bleiben, wenn es gelingt, ein Minimum an Identifikation in der Unionsbevölkerung zu erzeugen, seine historische Dimension bewusst zu machen, den schlechten Wissensstand der Unionsbevölkerung über Europa, die Mitgliedsvölker und -nationen und den Einigungsprozess zu bearbeiten, eine objektive Wahrnehmung der Union zu ermöglichen und den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft zu fördern, ohne die eine kritische, partizipative und verantwortungsvolle Unionsbürgerschaft kaum möglich erscheint. Das alles gehört zu den originären Aufgaben politischer Bildungsarbeit.“¹

Europapolitische Bildung dient dazu, den Bürgerinnen und Bürgern den politischen Raum transparent zu machen, in dem sie sich bewegen (sollen)

Die Europäische Bildung hat zwei Aspekte: Der eine, größere sei hier nur erwähnt, nämlich die Schaffung respektive Verbreiterung des Kanons der europäischen Gemeinsamkeiten, also einer europäischen Identität.

Dies ist eine Aufgabe für die Kultusminister und Lehrer, die Wissenschaftler und Kulturschaffenden: Die Erstellung eines – nie abschließenden und nie abgeschlossenen – Katalogs, was wir voneinander kennen sollten in Musik und Literatur, Malerei und Brauchtum. Ziel kann nicht die europäische Einheitskultur sein – eine *contradictio in adiecto* –, sondern die Rezeption der Vielfalt, die Europa ausmacht, aber eben, dialektisch gesehen, auch verbindet.

Davon unterschieden ist die europapolitische Bildung, wie sie von den Europa-Häusern und Europäischen Akademien forciert wird. Die europapolitische Bildung dient dazu, den Bürgerinnen und Bürgern den politischen Raum transparent zu machen, in dem sie sich bewegen (sollen).

¹ Karlheinz Dürr, Die Europäisierung der Demokratiebildung, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 36/2005, S. 20



Europäische Vielfalt in der Folklore

Die Aufgaben, die der europapolitischen Bildung gestellt sind, lassen sich so umreißen:

- Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollen sich untereinander kennen lernen mit dem Ziel, die Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Kultur zu akzeptieren und die Gemeinsamkeiten zu empfinden.
- Die politischen Strukturen der Europäischen Union sollen von den Bürgerinnen und Bürgern der EU verstanden werden.
- Die Motivation der Bürgerinnen und Bürger, sich im europäischen Kontext politisch zu engagieren, soll geschaffen bzw. gestärkt werden.

Dies ist gegenwärtig besonders wichtig, weil die Europäische Union in eine neue Phase kommt und wir alle gemeinsam entscheiden müssen, wie wir uns die Union der Zukunft vorstellen.

Kurz skizziert stehen wir vor folgender Situation: Auch nach der Erweiterung der Europäischen Union auf nunmehr bald 27 Staaten gibt es weitere Beitrittszusagen, -verhandlungen und -wünsche.

Diese Beitrittswünsche stoßen in der EU allerdings auf eine Bevölkerung, zunehmend aber auch auf eine politische Elite, die weitere Beitritte ablehnt oder zumindest sehr skeptisch sieht. Auch die EU-Kommissarin *Neelie Kroes* hat im Januar 2006 gefordert, hinter Bulgarien und Rumänien müsse die Tür geschlossen werden.²

2 vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.1.2006

Der Punkt, der die Gemüter in der EU, auch in Deutschland, wirklich erhitzt, ist der Beitritt der Türkei. Dieses Land ist sehr groß, sehr arm und sehr anders. Es liegt geographisch am Rande Europas, darüber, ob gerade noch drin oder gerade schon draußen, wird heftig gestritten. So ist es kein Zufall, dass jetzt eine Diskussion geführt wird, die der Fragestellung folgt: Was ist Europa?

Das ist ein schönes Thema für Konferenzen, Bücher und Doktorarbeiten. Die für

uns bedeutende Frage lautet allerdings anders, nämlich: Was ist die Europäische Union?

Die für uns bedeutende Frage lautet: Was ist die Europäische Union? Wie groß soll sie sein, wie weit soll die Integration gehen, wie schnell soll diese voranschreiten? Diese Themen stehen jetzt auf der Tagesordnung.

Dass solche Fragen jetzt den Diskurs bestimmen, ist kein Zufall. Die Europäische Union wurde 1952 als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet und 1958 auf die gesamte Wirtschaft ausgeweitet, um den Frieden zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern, speziell um den deutsch-französischen Gegensatz einzufrieden. Nach drei Kriegen, die diese beiden Länder innerhalb von 80 Jahren miteinander ausgefochten hatten – einer schrecklicher als der andere –, war dies bitter nötig. Revolutionär neu war das Konzept der Friedenssicherung: Nicht gegeneinander rüsten und Allianzen gegen den anderen bilden, war die Idee, sondern miteinander etwas entwickeln, nationale Souveränitäten abgeben und sie auf europäischer Ebene so miteinander zu verschränken, dass man sich nicht mehr gegeneinander, sondern nur miteinander entwickeln kann.

Die EU hat sich mittlerweile von den Voraussetzungen, unter denen sie einmal entstand, weit emanzipiert.

Die EU hat sich von den Voraussetzungen, unter denen sie einst entstand, mittlerweile emanzipiert Sie wurde gegründet, um Westeuropa zu befrieden, um den Ost-West-Konflikt zu gewinnen und um Europa zu vereinigen.

Diese Ziele hat sie mittlerweile erreicht. Der Frieden unter den Mitgliedstaaten ist stabil, Deutschland und Frankreich sind eng miteinander befreundet (auch wenn sie eigentlich in jeder wichtigen Frage unterschiedlicher Auffassung sind), der Ost-West-Konflikt ist Geschichte und Europa zumindest insoweit vereint, dass es zwar ökonomische Trennlinien, aber keine politischen oder gar militärischen Stacheldrahtzäune gibt.

Daher ist nicht verwunderlich, dass viele fragen, wohin die Reise eigentlich gehen soll und gerade diejenigen, die von Anfang an im Zug saßen, an der Bremse spielen, wie das im letzten Jahr in Frankreich und in den Niederlanden geschehen ist.

Auch wenn die Schwierigkeiten, die viele im Zusammenhang mit der Osterweiterung 2004 vorausgesehen haben, nicht eingetreten sind, hat allerdings die Heterogenität der EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zugenommen. Die neuen Entscheidungsverfahren haben sich noch nicht eingespielt, die möglichen Verbesserungen, die der Verfassungsvertrag vorsieht, sind auf Eis gelegt und nach wie vor profilieren sich Politiker zu Hause gerne gegen die EU. Interessanterweise hat gerade *Tony Blair*, der nicht gerade ein Verfassungs-Enthusiast ist, in einer Rede vor Studenten in Oxford bestätigt, dass es so nicht weitergehen kann:

„A European Union of 25 cannot function properly with today's rules of governance. Having spent six months as EU President, I am a good witness to that.“³

Dabei verlaufen die Grenzen nicht zwischen den alten und den neuen Mitgliedern, sondern kreuz und quer, wie die Auseinandersetzungen um die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 gezeigt haben.

Hinzu kommt, dass es keine Lokomotive mehr gibt, die bereit und in der Lage ist, den Zug zu ziehen. Das deutsch-französische Tandem, gerne als der deutsch-französische Motor beschrieben, ist nicht mehr stark genug.

³ *Tony Blair*. Europe emerging from „darkened room“, Rede vom 2. Februar 2006, <http://www.number10.gov.uk/output/Page9003.asp>, Zugriff: 04.02.06

Das zumindest vorläufige Scheitern des Verfassungsvertrages ist vor diesem Hintergrund einerseits erklärlich, andererseits sehr unglücklich. Dies umso mehr, als die Europäische Verfassung eine erste Antwort auf die Probleme ist, derentwegen sie abgelehnt wurde.

Die europäische Verfassung ist die erste Antwort auf die Probleme, derentwegen sie abgelehnt wurde

Aber es ist nicht nur die Funktionalität, derentwegen die Verfassung fehlt, sondern auch die Unsicherheit, die es über den weiteren

Weg gibt. Die Ablehnung ist auch hierfür ein Zeichen.

Und dabei verbinden sich einige Fragen, nämlich das „warum“ mit dem „wohin“ und dem „mit wem“. Wie viel Integration wollen wir weshalb mit wem erzielen? Natürlich hängen die Fragen zusammen: Wenn wir festlegen, wir wollen wenig Integration, wollen die EU vielleicht zu einer Freihandelszone mit einer gemeinsamen Grundrechtsbasis zurückentwickeln, ist die Frage, ob weitere Mitglieder aufgenommen werden sollen, leichter positiv zu entscheiden, als wenn man die jetzige Integrationstiefe beibehalten oder verstärken will.

Die Europäische Union wird derzeit neu fundiert. Wenn das Fundament tragen soll, müssen die Bürgerinnen und Bürger in die Debatte und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Voraussetzung hierfür schafft die europapolitische Bildung, deren Ausgangsbedingungen allerdings nicht einfach sind:



© Europäische Akademie Berlin

Politische Bildung mit Politikern (den Bürgermeistern von Berlin und Moskau)

- **Die Akzeptanz der EU bei ihren Bürgern ist relativ gering.** Zwar wird sie nicht ernsthaft in Frage gestellt, aber nur 50 %⁴ der Bürger der Mitgliedstaaten unterstützen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Es stellt sich die Frage, ob eine positive Orientierung von der Hälfte der Bevölkerung für eine so grundlegende politische Festlegung auf Dauer ausreicht.
- **Es zeigt sich, dass die normative Kraft des Faktischen nicht ausreichend wirkt:** Die Integration der Staaten geht nicht hinreichend einher mit dem Bewusstsein der Integration bei den Bürgern. Lange Zeit hatte man aber genau das unterstellt. Erreicht hat man lediglich einen permissiven Konsens, der besagt, dass die Bürger sich zwar nicht für Europa interessierten, aber dafür seien. Es erweist sich auch, dass die Erfolge (wie Reisefreiheit und die Währungsunion für Touristen, der Binnenmarkt für die Wirtschaft, etc.) schnell als selbstverständlich wahrgenommen, gesellschaftliche Probleme aber gerne der EU angehängt werden. Das grundlegende Ziel der europäischen Integration, den Frieden unter den Mitgliedstaaten zu sichern, speziell: den deutsch-französischen Gegensatz einzufrieden, ist inzwischen so selbstverständliche Realität geworden, dass man sich nicht mehr daran erinnert.
- **Die kritische Distanz der Bürger resultiert nicht aus einem objektiven Mangel an Informationen.** Zwar wird dieser immer wieder angeführt und bei weitem nicht alle Vorgänge in der EU sind transparent. Dennoch sind Informationen – grundsätzlich gesehen – hinreichend vorhanden. Sie werden jedoch nicht rezipiert. Das Problem ist nicht ein „Zuwenig“ an Informationen, sondern eher ein „Zuviel“. Die Informationen werden nicht aufgenommen, weil sie nicht zu verdauen sind, nicht verarbeitet werden können.

Aus der Zusammenschau von Aufgaben und Ausgangsbedingungen ergeben sich die Herausforderungen für die europapolitische Bildung. Sie muss einer wenig interessierten Öffentlichkeit ein schwieriges Thema nahe bringen, das zudem komplex emotional besetzt ist. (Europa ist ja nicht einfach eine weiße Leinwand für die Menschen. Sie verbinden damit vielfältige Eindrücke, Gedanken, Gefühle und auch Vorurteile.) Diese Aufgabe lässt sich nur durch dialogisch angelegte Bildungsveranstaltungen bewältigen, die ja auch von vielen Institutionen – am konzentriertesten von den

in der *Gesellschaft der Europäischen Akademien (GEA)* zusammengeschlossenen Europa-Häusern und Europäischen Akademien in Deutschland – angeboten werden.

Die Notwendigkeit des Dialogs, des Zweifels, des Widerworts, der unausgegorenen Überlegung und des Herantastens an einen Sachverhalt wird glücklicherweise jetzt auch von EU-Kommission anerkannt

Neuerdings hat auch die Europäische Kommission den Dialog entdeckt, zumindest als Programm. „Plan D“ heißt das Konzept, das dazu dienen soll, mit dem Bürger zu kommunizieren.⁵ In den Europäischen Akademien ist der „Plan D“ schon Teil der Geburtsurkunde, aber wir freuen uns natürlich, dass auch andernorts die Notwendigkeit des Dialogs, und das heißt eben auch des Zweifels, des Widerworts, der unausgegorenen Überlegung, des intellektuellen Herantastens an einen Sachverhalt erkannt wird. Leider lässt die Umsetzung des Planes D in die Praxis noch zu wünschen übrig. Ge- und befördert werden nämlich nach wie vor dialogimitierende Show-Veranstaltungen wie Videokonferenzen mit der EU-Kommissarin *Wallström*. Die Kärnerarbeit der politischen Bildung bietet demgegenüber wenig Raum zur Selbstdarstellung, dafür allerdings einen wesentlich größeren Effekt. Mittlerweile hat die Europäische Kommission ein „Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik“ vorgelegt, in dem sie die Verbesserung der politischen Bildung als eines der drei Hauptziele aufführt. Ernüchternd ist allerdings, wie die Kommission das Ziel der Bildungsmaßnahmen definiert:

„Sie [die politische Bildung; EDS] sollte Menschen aller Altersstufen dazu befähigen, Instrumente wie das Internet zu nutzen, um sich über die Politik zu informieren und sich daran beteiligen zu können.“⁶

Natürlich ist es schön, wenn die Menschen mit dem Computer umgehen und sich des Internets bedienen können. Aber Chatforum hin und interaktive Spiele her: Die Informationsmedien reichen nicht aus, den notwendigen Bildungseffekt zu erzielen. Wir müssen den Bürger/-innen nicht nur etwas anbieten, sondern uns bemühen, sie hereinzuholen. Und so stehen die Bildungsstätten bei der Realisierung europapolitischer Veranstaltungen vor allem vor drei Problemen:

4 Europarometer 64 (Autumn 2005): First Results, p.9
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_first_en.pdf

5 Plan D: KOM (2005) 494 endg., 13. Oktober 2005

6 Weißbuch über eine europäische Kommissionspolitik: KOM (2006) 35 endg., 1. Februar 2006

1. Wie erreichen wir die Bürgerinnen und Bürger?
2. Wie reduzieren wir die Komplexität, ohne die Zusammenhänge zu simplifizieren?
3. Wie finanzieren wir die Veranstaltungen und die sie organisierenden Einrichtungen?

Der erste und der dritte Punkt hängen eng miteinander zusammen. Die Europäischen Akademien sind nicht nur ideale Bildungsträger, sondern auch Wirtschaftsbetriebe mit allen daraus resultierenden Erfordernissen. Je schwieriger die Finanzierung von

Je schwieriger die Finanzierung von Bildungsveranstaltungen ist, desto größer ist die Verlockung, sich vorrangig auf Teilnehmer zu konzentrieren, die leicht ansprechbar, zahlungskräftig und mit den von den Förderungsrichtlinien favorisierten Seminarformen vertraut sind

ist, desto größer ist die Verlockung, sich vorrangig auf Teilnehmer zu konzentrieren, die leicht ansprechbar, zahlungskräftig und mit den von den Förderungsrichtlinien favorisierten Seminarformen vertraut sind

das Ideal des richtlinienkonformen Standardteilnehmers passen. Denn schließlich sind es diejenigen, die den größten Bedarf an politischer Bildung haben.

Ein wesentliches Element von Begegnung sind bi- und multinationale Teilnehmergruppen, für die Zuwendungen jedoch besonders schwierig zu akquirieren sind.

Neue Formen der Teilnehmeransprache werden durch staatliche Förderung in der Regel nicht erfasst.

Politische Bildung ist eine staatliche Aufgabe.

Die Tatsache, dass sie im Bereich der außerschulischen Jugend- und der Erwachsenenbildung zu einem großen Teil – und vermutlich auch besser – von nichtstaatlichen Trägern durchgeführt wird, ändert an der staatlichen Verantwortung nichts.

Leider wird diese Verantwortung im politischen Raum nicht durchgehend gesehen, eher noch im Bereich der Grundsatzreden als dort, wo praktische – und ausgabenwirksame – Entscheidungen zu treffen sind. Dass wesentliche Formen der politischen Bildung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auf Initiative der Besatzungsmächte zurückzuführen sind, wird heute gerne zu ihrer Diskreditierung angeführt. Wir sind jetzt, heißt es, ein

normales Land, eine stabile Demokratie, da brauchen wir diese Art von Re-Education nicht mehr. Und wer in der DDR gelebt hat, habe sowieso die Nase von politischer Indoktrination voll – als ob politische Bildung und Indoktrination auch nur annähernd vergleichbar seien.

In der Tat sind die Haushaltsmittel für die politische Bildung in den letzten Jahren drastisch gekürzt worden. Die Empirie scheint den Kritikern der politischen Bildung Recht zu geben. Schließlich ist das Land zwar in ein paar wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber nach wie vor politisch stabil. Diese Argumentation verkennt, dass der Rückzug der Bürgerinnen und Bürger aus dem gesellschaftlichen Partizipationsprozess nur der erste Schritt der Entpolitisierung ist, dem weitere folgen können (und – *horribile dictu* – auch werden).

Wer meint, die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Teilhabe zeitige langfristig keine weiteren Folgen, ist naiv

Es soll hier darauf verzichtet werden, Schreckensszenarien zu entwerfen und auf die Entwicklung in den Nachbarländern zu verweisen. Aber zu meinen, die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Teilhabe zeitige langfristig keine weiteren Folgen, ist naiv.

Allerdings gibt es innerhalb des Nationalstaats noch andere Klammern, die die Menschen auch politisch zusammenhalten und ihnen zumindest die Illusion vermitteln, sie durchschauten die Probleme. Eine wesentliche Rolle spielen hier Talkshows und andere Gesprächssendungen, wiewohl diese realiter meistens mehr auf Klamauf und Unterhaltung angelegt sind als auf Vermittlung. Auch sind die Politiker/-innen im nationalen und regionalen Rahmen präsenter – real und virtuell. *Angela Merkel* backt guten Apfelkuchen (sagt sie), aber wer weiß schon, ob *José Manuel Barroso* backen kann?

Europa greift zwar in das Leben der Bürgerinnen und der Bürger in gleicher Weise ein wie der Nationalstaat, aber es bleibt doch für die Menschen sehr viel abstrakter. Das führt dazu, dass sie sich geistig davon fern halten. Beispielsweise kann kaum eine/-r sagen, wie die europäischen Institutionen funktionieren, aber alle haben die Gewissheit, dass es in Brüssel eine hinterlistige, überbordende und zu gut bezahlte Bürokratie gibt.

Die EU ist ein komplexes und schwer zu durchschauendes Gebilde, das ist ein zu einem wesentlichen

Europapolitische Bildung ist etwas anderes als Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Kommission

vertraut sind (was ja für den nationalen und regionalen Rahmen ebenfalls nicht gilt), sondern dass es gelingt, die aktuellen Themen der EU (vom Avis der EU-Kommission für Makedonien über die Finanzielle Vorausschau bis zur Dienstleistungsrichtlinie) immer wieder auf die **Grundprinzipien der EU** zurückzuführen.

Die europapolitische Bildung ist etwas anderes als Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Kommission. Sie kann nicht punktuell sein und sie will

Teil nicht aufhebbarer Tatbestand. Es kommt allerdings auch nicht so sehr darauf an, dass die Bürgerinnen und Bürger mit allen Details der EU

keine Meinungsumfragen beeinflussen. Sie ist notwendig, um eine Qualifikation für den „Job“ als Staatsbürger, einen „Demokratieführerschein“, zu erlangen. Daher ist sie für die Fortsetzung der Demokratie in Europa unverzichtbar und sollte mehr denn je, in einer sich zunehmend entpolitisierenden Gesellschaft, gefördert werden.



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte ist Leiter der Europäischen Akademie Berlin e. V. und dort zu erreichen unter der Anschrift Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin. E-Mail: eab@eab-berlin.de